

Nein zu Finanzplänen

ALTHAUS WILL BEI KOMMUNEN KÜRZEN

Mehr als 400 Millionen Euro wollte die Regierung ursprünglich bei den Kommunen in den Jahren 2008 und 2009 wegnehmen.

Die Regierung Althaus löste einen Proteststurm gegen diese fragwürdige Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs aus. Christoph Matschie rief die Regierung auf, einzulenken.

Auch in den eigenen CDU-Reihen regte sich massiver Widerstand gegen diesen Plan: Von „grottenschlechtem Handwerk“ hatte die Sonneberger Landrätin Christine Zitzmann anlässlich der von der Regierung vorgelegten Zahlen gesprochen; eine „autistisch anmutende Verhaltenstarrheit“ beklagte der Vizepräsident des Thüringer Landkreistages, Hans-Helmut Münchberg (parteilos). Der Eichsfelder

Landrat Werner Henning (CDU) kritisierte einen „massiven Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung“.

Mit deutlichen Worten rief Christoph Matschie die Landesregierung in der Sonder-sitzung des Landtages im Juni auf, in der Auseinandersetzung um den kommunalen Finanzausgleich einzulenken: „Das Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofes ist eins zu eins umzusetzen.“ Nach einer Klage der SPD-Fraktion vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof in Weimar im Jahr 2005 hatte dieser festgelegt, dass das Land den Finanzausgleich dem tatsächlichen Bedarf der Städte, Gemeinden und Landkreise anpassen muss.

Matschie verwies in der jetzt laufenden Debatte auf das Urteil und forderte die Landesregierung auf, den Kommunen schnellstens ein verfassungsgemäßes Angebot vorlegen. Schließlich hänge von der Finanzausstattung der Kommunen deren Handlungsfähigkeit ab - und damit die Lebensqualität der Menschen in Thüringens Städten und Gemeinden. Bei Kürzungen der Zuschüsse durch das Land komme es in den Kommunen zu Einschränkungen bei Investitionen und damit zum Verlust von Arbeitsplätzen. Zudem müssten möglicherweise Schwimmbäder, Kultureinrichtungen oder Jugendclubs geschlossen werden.

Steinbrück für mehr Bildung



Anlässlich der Fraktionsvorsitzendenkonferenz Ost Ende Mai/Anfang Juni sprach sich Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (im Bild rechts) für eine dauerhafte finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kindergärten aus. Christoph Matschie forderte einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz bereits ab dem ersten Geburtstag eines Kindes - ein Ziel, das sich mit dem des Volksbegehrens „Für eine bessere Familienpolitik in Thüringen“ deckt.

SPD-Fraktion stellt sich hinter Senioren

Für verlässliche Strukturen in der Thüringer Seniorenarbeit hat sich die SPD-Fraktion mit einem eigenen Antrag mit dem Titel „Seniorenarbeit in Thüringen stärken“ in der letzten Plenarsitzung stark gemacht. Denn: In Thüringen ist auf Landesebene kein Konzept für die Arbeit mit Senioren zu erkennen. Stattdessen sind in den zurückliegenden Jahren die bestehenden Unterstützungsstrukturen ohne jegliche erkennbare Systematik abgebaut worden. Das muss schnellstens korrigiert werden.



David Eckardt

Schließlich wird die Gruppe der älteren und alten Menschen auch hier in Thüringen immer größer. Mit unserem Antrag wollen wir unter anderem erreichen, dass die Landesseniorenvertretung in Thüringen kontinuierlich gefördert wird. Nur so kann eine bedarfsgerechte hauptamtliche Struktur entstehen.

Zudem soll das Land die Kommunen bei der Erstellung von Seniorenförderplänen beraten und finanziell unterstützen. Wir sprechen uns auch dafür aus, dabei die Thüringer Hochschulen einzubinden. Das Wissen, das dort vorhanden ist, kann für die Planungsprozesse in den Kommunen genutzt werden.

Wir dürfen Familienpolitik nicht mehr nur als Politik für Familien mit Kindern begreifen, wir müssen sie auch als Politik für alle Generationen begreifen.

DAVID ECKARDT
Sprecher für Senioren

Protest gegen
Büchergeld zeigte
Wirkung

Seite 3

Öffnungszeiten
bei Bahn nicht
einschränken

Seite 4

Fernwasser: SPD-Fraktion will Untersuchungsausschuss

UNTERZEILE

Die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag befürwortet die Einrichtung eines weiteren Untersuchungsausschusses: Er soll sich um das Thema Fernwasser drehen und in der Landtagssitzung im Juli gemeinsam mit der Fraktion der Linken beantragt werden.

Bislang seien alle Anfragen zu diesem schwierigen Thema von der Regierung nicht oder nur unzureichend beantwortet worden, sagte die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion, Dagmar Becker. Becker vermutet, dass die fehlende Transparenz der Verantwortlichen in der Regierung bei diesem Thema handfeste Gründe hat. So verweist sie darauf, dass die Thüringer Fernwasserversorgung (TFW) seit ihrer Gründung im Jahr 2003 in einer

ständigen Krise stecke. Becker erinnerte daran, dass auch die kommunale Seite Kritik geübt habe: so hätten ihre Vertreter in der TFW nicht die notwendigen Auskünfte erhalten. Aufgrund dieser Informationspolitik hatten erst im Frühjahr dieses Jahres die kommunalen Vertreter in einer spektakulären Aktion den TFW-Verwaltungsrat verlassen. Der Thüringer Gemeinde- und Städtebund sprach sogar von einem zerrütteten Verhältnis zur Spitze des Unternehmens. Vorwürfe richteten Becker wie auch die Kommunen zudem an die Landesregierung: Informationen über die Zukunft der Fern-



Für neuen Untersuchungsausschuss:
Dagmar Becker.

wasserversorgung gebe es auch im zuständigen Unterausschuss kaum. Ein Großteil der Debatten dreht sich um die Nutzung der Talsperren Weida/Zeulenroda und Leibis. Zum Zeitpunkt der Errichtung der TFW hatte die Landesregierung argumentiert, dass die Talsperren Weida/Zeulenroda wegen ihrer schlechten Wasserqualität vom Netz genommen werden sollte, und die Region ausschließlich durch Leibis versorgt werden sollte.

Im Mittelpunkt der Debatte steht nun, mit welcher Versorgungsstrategie die Versorgung Ostthüringens gesichert werden soll, und ob und in welchem Umfang dabei Leibis und Weida einbezogen werden. Von besonderem Interesse ist dabei die Höhe der dafür noch erforderlichen Investitionen.

CDU nimmt Interessen von Arbeitnehmern nicht ernst

Die Arbeitnehmervertreter und Sozialpolitiker in der CDU sollen sich für die Verabschiedung eines Vergabegesetzes in Thüringen einsetzen. „In Thüringen werden immer noch zu viele Arbeitnehmer mit Armutslöhnen abgespeist“, sagte SPD-Arbeitsmarktpolitiker Walter Pilger nach einer Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Technologie und Arbeit und der dort erfolgten Ablehnung eines SPD-Gesetzesentwurfes für ein Vergabegesetz durch die Ausschussmehrheit.

Pilger kritisierte die starre Haltung der CDU in dieser Frage erneut scharf. „Auch bei der Vergabe von Aufträgen durch Land und Kommunen kommt es immer wieder vor, dass Arbeitnehmer weit unter Tarif entlohnt werden“, sagte Pilger. Dieser Entwicklung werde auch nicht durch die Vergaberichtlinie, auf die die Landesregierung immer wieder verweise, wirksam begegnet, so Pilger.

Nur auf gesetzlicher Grundlage könne bei allen Aufträgen durch die öffentliche Hand die Bindung an Tarifverträge gefordert und durchgesetzt werden. Dies müsse auch die CDU erkennen.

In der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag ist zum 1. September 2007 die Stelle einer/eines

Referentin/Referenten

für Tätigkeiten im Arbeitskreis Wirtschaft, Infrastruktur, Umwelt und Finanzen sowie im Arbeitskreis Innen, Justiz, Kommunales und Wohnen zu besetzen. Die Stelle ist für die Dauer der vierten Wahlperiode des Thüringer Landtags befristet.

Tätigkeitsschwerpunkte:

- Wissenschaftliche Bearbeitung und Betreuung der Politikfelder **Kommunales, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen und Wirtschaft/Technologie,**
- Wissenschaftliche Betreuung der Fraktionsarbeit im Innenausschuss, Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit sowie in der Enquetekommission „Verwaltungs- und Gebietsreform“ des Thüringer Landtags.

Von den Bewerbern/-innen werden insbesondere erwartet:

- abgeschlossenes Universitätsstudium (vorzugsweise in den Bereichen Volkswirtschaft, Rechtswissenschaft oder Politikwissenschaft),
- eine aus dem bisherigen Lebenslauf dokumentierte Affinität zu den Politikfeldern Kommunales, Verwaltungs- und Gebietsreform und Wirtschaft/Technologie,
- selbstständiges Arbeiten; die Fähigkeit, Fachkenntnisse in politische Handlungsvorschläge umzusetzen, und Erfahrungen in der Arbeit politischer Gremien,
- anwendungsbereite Kenntnisse und Erfahrungen in der Arbeit mit Standardbürosoftware,
- gute schriftliche und mündliche Ausdrucksfähigkeit,
- hohes Engagement bei der Bewältigung der Aufgaben, Teamfähigkeit und Belastbarkeit.

Wir bieten:

eine anspruchsvolle, interessante und abwechslungsreiche Tätigkeit, die nach Entgeltgruppe 13 TV-L Ost vergütet wird. Eine Identifikation mit den Zielen der SPD setzen wir voraus.

Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Aus Kostengründen wird darum gebeten, die Bewerbungsunterlagen in Kopie einzureichen. Diese verbleiben bei der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag und werden nicht zurückgesandt.

Nach Abschluss des Verfahrens werden die Unterlagen nicht berücksichtigter Bewerber/innen vernichtet. Bei gewünschter Rücksendung bitten wir um Beilage eines ausreichend frankierten Rückumschlages. Durch die Bewerbung entstehende Kosten werden nicht erstattet.

Vollständige Bewerbungsunterlagen sind innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieser Anzeige zu richten an die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Frau Eveline Heider, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt.

Wenn Sie mehr über die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag wissen möchten, finden Sie weitere Informationen unter www.spd-thl.de.

Zum Arbeitsbesuch in der Rhön



Der Tourismus stand im Mittelpunkt einer auswärtigen Arbeitskreissitzung der SPD-Fraktion in der Rhön. Rolf Baumann konstatierte, dass die Rhön und Erfurt in tourismuspolitischen Fragen oftmals weit auseinander lägen. Auch deshalb habe man den Termin auf dem Rhöner Wanderberg „Hohen Geba“ anberaunt, um mit den dort für den Tourismus Verantwortlichen reden zu können.

Vor Ort erfuhren die Abgeordneten, dass es in der Region vor allem Probleme mit der Vermarktung des Berges gebe.

Dass man beim Personal vor allem auf ehrenamtliche Helfer und Ein-Euro-Jobber zurückgreifen müsse, mache die Sache zusätzlich schwierig. Manch ein Ein-Euro-Jobber müsse schon wieder gehen, obwohl er sich gerade eingearbeitet habe.

Landesregierung rudert beim Büchergeld zurück

ERNEUTE ERHEBUNG IM JAHR 2008
FÄLLT AUS: PROTESTE ZEIGTEN
OFFENBAR WIRKUNG

Wenige Stunden nach dem Sonderplenar im Thüringer Landtag im Juni überraschte CDU-Generalsekretär Mike Mohring die Öffentlichkeit mit der Mitteilung, dass es in dieser Legislaturperiode kein Büchergeld mehr geben



Entschieden gegen „Leihgebühren“:
Hans-Jürgen Döring.

wird. Eine Mehrheit der CDU-Abgeordneten habe sich gegen eine erneute Einführung des Büchergeldes ausgesprochen. Damit hat Thüringens Kultusminister Goebel in den eigenen Reihen eine herbe Schlappe erlitten, war doch in seine Hause nach eigener Mitteilung schon mit der Erarbeitung eines Referentenentwurfs zur Änderung des Schulgesetzes begonnen worden, um einen zweiten Versuch zur Erhebung einer solchen Abgabe im Jahr 2008 zu starten.

Zuvor war die SPD-Fraktion mit dem Plan, eine erneute Einführung des Büchergeldes zu versuchen, hart ins Gericht gegangen. Hans-Jürgen Döring, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion. „Der Kultusminister ist offenbar unbelehrbar und will mit aller Macht die Lernmittelfreiheit in Thüringen aushöhlen“, sagte der Bildungsexperte. Dem werde sich die SPD-Landtagsfraktion vehement widersetzen. Döring erinnerte auch daran, dass der erste Büchergeldversuch der Landesregierung zu erheblicher Unruhe an den Thüringer Schulen sowie bei den Eltern geführt habe und schließlich vor Gericht kläglich gescheitert sei.

Döring wandte sich zugleich gegen einen weiteren Referentenentwurf des Kultusministeriums. Dieser sieht vor, dass die kommunalen Schulträger sich künftig durch die Zahlung von Gastschülerbeiträgen an der Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft beteiligen sollen.

In der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag ist frühestens zum 1. September 2007 die Stelle einer/eines

Mitarbeiterin/Mitarbeiters in der Pressestelle,

befristet für zwei Jahre, zu besetzen.

Tätigkeitsschwerpunkte:

- Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion,
- Mitarbeit bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen,
- Mitarbeit bei der Erstellung von Publikationen und Redentwürfen,
- Rechercheaufgaben.

Von den Bewerbern/-innen werden insbesondere erwartet:

- abgeschlossenes Fachhochschulstudium,
- großes Interesse an Politik und Parlamentsarbeit,
- selbstständiges Arbeiten und Kreativität,
- Teamfähigkeit und Belastbarkeit,
- Vorkenntnisse im journalistischen Bereich sind wünschenswert.

Wir bieten:

eine anspruchsvolle, interessante und abwechslungsreiche Tätigkeit, die nach Entgeltgruppe 9 TV-L Ost vergütet wird. Eine Identifikation mit den Zielen der SPD setzen wir voraus.

Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Aus Kostengründen wird darum gebeten, die Bewerbungsunterlagen in Kopie einzureichen. Diese verbleiben bei der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag und werden nicht zurückgesandt.

Nach Abschluss des Verfahrens werden die Unterlagen nicht berücksichtigter Bewerber/innen vernichtet. Bei gewünschter Rücksendung bitten wir um Beilage eines ausreichend frankierten Rückumschlages. Durch die Bewerbung entstehende Kosten werden nicht erstattet.

Vollständige Bewerbungsunterlagen sind innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieser Anzeige zu richten an die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, Frau Eveline Heider, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt.

Wenn Sie mehr über die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag wissen möchten, finden Sie weitere Informationen unter www.spd-thl.de.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag,
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: (0361) 3 77 23 36; Fax: (0361) 3 77 24 17
Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Uwe Höhn, Parlamentarischer Geschäftsführer;
Satz: Dirk Malewski; Druck: Druckerei Jäcklein, Erfurt
Redaktionsschluss: 03.07.07

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 6.500 Exemplaren.

Nicht für Parteizwecke und Werbung!

JAHRESEMPFANG DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

Gäste aus Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Kultur



Der Jenaer Philosoph Prof. Dr. Hartmut Rosa (rechts) war prominenter Gast beim diesjährigen Jahresempfang - der TA-Redakteur Eberhardt Pfeiffer (Bildmitte) interviewte ihn. Christoph Matschie hörte seinen Überlegungen zum Thema Zeit interessiert zu.

So unkompliziert und locker kann Politik sein: Später als die anderen Fraktionen im Thüringer Landtag, nämlich im Frühsommer, lädt die SPD-Fraktion zu ihrem nun schon traditionellen „Jahresempfang“ ein. Trotz hochsommerlicher Temperaturen bewiesen die etwa 300 Gäste aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft im Foyer des Landtags Stehvermögen. Abkühlung war angesichts der schweißtreibenden Umstände gerne willkommen: Die gab es in Form von leichten Getränken und cooler Musik von einem Gothaer Pianisten. Zusätzlich konnten sich die

Gäste in den luftigen Innenhof des Landtags zurückziehen, wo man bei einem Glas Sekt und Häppchen nicht nur über Politik plaudern konnte.

SPD-Fraktionschef Christoph Matschie nutzte die Gelegenheit, seinen Gästen mit Blick auf die nächste Landtagswahl die Politikschwerpunkte der Fraktion darzulegen: Längeres gemeinsames Lernen an Thüringens Schulen, eine rasche Verwaltungs- und Gebietsreform und die Rücknahme der Kürzungen bei den Kindergärten sind für die Thüringer Sozialdemokraten absolute Schwerpunktthemen.



Heiko Gentzel im Gespräch mit Mitslal Kifleyesus-Matschie, der Ehefrau von Christoph Matschie.



Werner Pidde plaudert mit Brita Schweitzberger, der Mitarbeiterin von Carsten Schneider.



Hier wird Bedeutsames beredet: Eisenachs Oberbürgermeister Matthias Doht und die Landtagsabgeordneten Uwe Höhn sowie Rolf Baumann (von links).

Doht warnt vor sinkendem Service bei der Bahn

Mit einem Dringlichkeitsantrag für die Juni-Plenarsitzung hat die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag auf die geplanten Einschränkungen von Öffnungszeiten an den Schaltern der Deutschen Bahn reagiert. Thüringens Verkehrsminister Trautvetter solle das Gespräch mit Vertretern der Bahn suchen, um den geplanten umfangreichen Stellenabbau in den Reisezentren zu verhindern, sagte Sabine Doht, die verkehrspoli-

tische Sprecherin der SPD-Fraktion. Dafür solle der Landtag ihm das Mandat erteilen. „Nicht nur vor dem Hintergrund von Buga und Elisabethjahr ist es unverantwortlich, den Service an den Schaltern der Bahn weiter einzuschränken“, so die Abgeordnete. Für die vielen älteren Menschen in Thüringen sei ein attraktives Angebot in den Reisezentren der Bahn besonders wichtig.

BILDUNGSINITIATIVE Birthler kommt

Gast bei der nächsten Veranstaltung „Bildung 21“ am 26. September 2007 ist Marianne Birthler, die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Der Veranstaltungsort steht noch nicht fest, Veranstaltungsbeginn ist 19 Uhr. Der Veranstaltungsort wird in den Einladungen mitgeteilt.